

# Privatschüler sind nur zweite Wahl

Bei den Tagesferien bevorzugt Basel-Stadt Kinder der Volksschule. Für eine GLP-Grossrätin ist diese Ungleichbehandlung stossend.

Elodie Kolb

Seit vielen Jahren bietet das Kinderbüro im Auftrag des Basler Erziehungsdepartements in den Schulferien für Kinder die sogenannten Tagesferien an. Mit sportlichen Angeboten, Themenwochen oder Bastelprojekten werden vielfältige Interessen abgedeckt. Mit der Einführung der neuen kantonalen Verordnung über die Tagesstrukturen und Tagesferien Anfang Januar richten sich die Angebote explizit an die Schülerinnen und Schüler im Kanton Basel-Stadt, welche die Volksschule besuchen. Kinder aus Privatschulen zahlen – genau wie ausserkantonale Kinder – den doppelten Preis und kommen auf eine Warteliste. Sie können nur teilnehmen, falls das entsprechende Angebot noch freie Plätze hat. Dies ist dem neuen Ferienkalender zu entnehmen.

Dass sich Kurse vornehmlich an Kinder der Volksschule richten, sei zwar keine neue Regelung, wie es beim Kinderbüro heisst. Aber es sei nun in der neuen Verordnung über Tagesstrukturen und Tagesferien explizit festgehalten. Das stört die Grünliberale-Grossrätin Sandra Bothe-Wenk.

## Regelung sei aufzuheben, fordert eine Motion

«Ich finde es ungerecht, dass Eltern aufgrund ihrer Schulwahl vom Betreuungsangebot ausgegrenzt werden. Bildung und Betreuung sind eigentlich zwei Paar Schuhe», sagt sie auf Anfrage. Sie hat deswegen eine Mo-



Tagesferien auf dem Robi Bachgraben. Kinder aus Privatschulen zahlen das Doppelte – wenn für sie überhaupt ein Platz frei ist. Bild: bz-Archiv/niz

tion eingereicht, in der sie fordert, dass diese Regelung innert sechs Monaten wieder abgeschafft wird. Ausserdem soll das Grundrecht auf familienergänzende Betreuung gewährleistet werden – unabhängig von der Schulwahl. Unterstützt wird der Vorstoss von 23 Vertreterinnen und Vertretern aller basel-städtischen Grossratsfraktionen.

«Es geht um eine familienergänzende Betreuung, das ist ein übergeordnetes Recht unabhängig von der Schule», sagt

Bothe-Wenk. Ferienbetreuung für Kinder sei denn auch wichtig, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen und schliesslich auch für die Gleichstellung der Geschlechter einzustehen.

Auch Jürgen Mischke, Rektor der Privatschule FG Basel, versteht nicht, weswegen die Kinderbetreuung und die Bildung vermischt werden. Man könnte theoretisch zwar ebenfalls ein Angebot für Ferienbetreuung aufbauen, «das wäre

aber ein grosser finanzieller Aufwand und wir könnten es nicht zu denselben Bedingungen wie das Kinderbüro anbieten», sagt Mischke.

Ähnlich klingt es bei Daniel Hering, Präsident des Verbands der Privatschulen beider Basel. «In Basel-Stadt gibt es rund 1800 Privatschüler in der obligatorischen Schulzeit, deren Eltern Steuern zahlen.» Da könne sich das Erziehungsdepartement nicht aus der Verantwortung nehmen. Hering findet kla-

re Worte: «Wir fordern, dass die neue Verordnung rückgängig gemacht wird.»

## Kinderbüro: Freie Plätze sind meist im Nu weg

Simon Thiriet, Mediensprecher des Basler Erziehungsdepartements, entgegnet: «Momentan gilt der Grundsatz, dass auf das Angebot der staatlichen Volksschule verzichtet, wer sich für eine Privatschule entscheidet.» Privaten Anbietern von Ferienangeboten stehe es aber frei, bei

«Ich finde es ungerecht, dass Eltern aufgrund ihrer Schulwahl vom Betreuungsangebot ausgegrenzt werden.»

Sandra Bothe-Wenk  
Grossrätin Grünliberale

freien Kapazitäten auch Kinder aus Privatschulen aufzunehmen – dies geschehe allerdings ausserhalb des kantonalen Leistungsauftrags und damit auch ausserhalb der Subventionierung. Kinder aus Privatschulen zahlen daher für eine Woche in den Tagesferien einen höheren Betrag, als die Kinder aus der Volksschule.

Die Nachfrage nach den Tagesferien im Kanton sei bereits seit langer Zeit sehr gross und Termine daher schnell vergeben, heisst es vom Kinderbüro Basel auf Anfrage. Daher wurden dieses Jahr bereits zusätzliche Wochen geschaffen, «die bereits sehr beliebt sind».

Ob die Motion von Sandra Bothe-Wenk an den Regierungsrat überwiesen wird, entscheidet der Grosse Rat voraussichtlich im März.